tage wurden oft in kleinen Halls oder ganz ländlichen Flecken oder in Orten, in denen ein mehr oder minder zahlreiches Industrieproletariat wohnt, 20, 30 auch 40 Versammlungen abgehalten. Später, als durch diese [illegible] Agitation die öffentliche Meinung genügend vorbereitet war, versäumten die sozialistischen Deputierten keine Gelegenheit mehr, in der Kammer die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts zur Sprache zu bringen; man kann sagen, jede Rede gipfelte in der Forderung: „Weg mit dem Plural-Wahlsystem, wir verlangen die politische Gleichheit."

Während zweier Monate, im Februar und März 1902, wurde in der Kammer der von den Sozialisten ausgehende Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Provinz und Kommune diskutiert. Diese umfassenden Debatten waren durchaus nicht unfruchtbar; die öffentliche Meinung wurde durch die einschneidende Kritik der Ungerechtigkeiten und Fälschungen, welche aus dem Plural-Wahlsystem resultieren, in hohem Maße beeinflußt. Nur die Rechte mit einigen wenigen konservativen Liberalen (Doktrinären) übernahmen die Verteidigung der doppelten, drei- und vierfachen Stimmen der Familienväter und Reichen. Die anderen Mitglieder der Linken, unter welchen sich viele Vertreter der Großindustrie und die liberalen Bürgermeister von Gent und Antwerpen befanden, verbanden sich mit den Revisionisten und am gleichen Tage, als die Kammer das gleiche Wahlrecht für Provinz und Kommune verwarf, brachten die Liberalen und Sozialisten einen Antrag ein, der die Verfassungsrevision verlangt.

Es dürfte bekannt sein, daß, um in Belgien eine Verfassungsänderung herbeizuführen, die zwei Kammern (Deputiertenkammer und Senat) mit einfacher Majorität zunächst beschließen müssen, daß eine solche stattzufinden hat. Ist dieser Beschluß einmal gefaßt, so ist das Parlament mit dem bestehenden Recht aufgelöst und die neuen Kammern, die innerhalb der nächsten 40 Tage zu wählen sind, bilden die Konstituante, welche die Machtbefugnis hat, die Verfassungsrevision vorzunehmen. Die Verfassungsänderung muß in der einen wie in der anderen Kammer mit Zweidrittel-Majorität beschlossen werden.

Es galt also in erster Linie, eine einfache Majorität für die Verfassungsrevision zu erlangen.

Um den Widerstand der Klerikalen zu brechen, organisierten die drei Oppositionsparteien — die Liberalen, Christlich-Demokraten und Sozialisten — gemeinsam in den bedeutendsten Orten des Landes große Meetings und Manifestationen, wobei sich viele Tausende von Männern unter der blauen, grünen und roten Fahne der verbündeten Parteien vereinigten.

Sodann, von dem Moment an, da die Zeit der Revisionsdebatten in der Kammer begann, änderte sich der Charakter der Agitation. Die Arbeiterpartei war sich vollkommen klar, daß diese platonischen Manifestationen, so nützlich sie auch vom Standpunkt der Agitation sein mochten, doch ohne Wirkung auf die klerikale Mehrheit bleiben würden, für welche die Aufrechterhaltung des Plural-Wahlsystems eine Existenzbedingung bedeutet. Andererseits gab sie sich auch, trotz des Anschlusses der anderen Oppositionsparteien, nicht der trügerischen Hoffnung hin, daß etwa die Wahlen vom 25. Mai, die an diesem Tage nur für die Hälfte des Landes stattfinden, einen Verzicht der Privilegierten selbst auf ihre Vorrechte bringen könnten. Deshalb beschloß der letzte Kongreß der Arbeiterpartei, der zu Ostern im „Maison du Peuple" zu Brüssel abgehalten wurde, nunmehr zu energischeren Pressionsmitteln zu greifen, um der Regierung die Reformen abzuringen, welche die wirkliche Majorität des Volkes verlangt.

Das genügte — ohne daß sich jemand darüber gewundert hätte — um die große Majorität der Liberalen, welche nicht übermäßig an der Beseitigung des Privilegs interessiert sind, von dessen Aufrechterhaltung sie denselben Vorteil ziehen, wie die Klerikalen, zu der feierlichen Erklärung zu veranlassen, daß sie sich „auf gute Art aus der Gefahr zurückziehen" („tirer leur épingle du jeu") und sich gegen die Sozialisten wenden würden, wenn diese auch nur im geringsten von der Gesetzlichkeit abweichen sollten. Kurz, mit Ausnahme weniger Christlich-Demokraten, quantité négligeable, blieben die Sozialisten in dem großen Kampfe, welcher sich gegen das Regiment des Plural-Wahlsystems vorbereitet, ganz allein.

Bei dem Zusammentritt der Kammern nach den Osterferien (8. April) entstanden zahlreiche Unruhen, besonders in Brüssel, Antwerpen, Gent und in den Kohlengebieten des Zentrums (Hainaut). Aber, wenn es auch unbestreitbar ist, daß eine Anzahl Sozialisten, namentlich von den jungen und heißblütigen Elementen der Partei, bei den Unruhen, die übrigens einen wenig offensiven Charakter hatten und erst durch die brutalen Repressionsmittel einen ernsteren Charakter annahmen, beteiligt waren, so wäre es doch ein Irrtum, zu glauben, daß die Leitung der Partei jemals die Hoffnung oder den Willen gehegt hätten, der Regierung die Revision durch Waffengewalt abzuringen.

Die Zeiten, wo, wie im Jahre 1848, Insurgenten und Soldaten unter beinahe denselben Bedingungen kämpften, sind vorüber. Die letzte Bewegung hat ja nun manchen Beweis für den Geist der Empörung, der unter den Soldaten herrscht, gegeben, aber die Zeit ist doch noch nicht gekommen, wo unsere Propaganda in den Kasernen das Vorgehen der Regierung gegen die Demokratie unmöglich machen könnte.

Gewiß, die Regierung kann in Zukunft nicht mehr mit absoluter Sicherheit auf die Truppen bauen, aber auch wir können noch nicht mit der Verweigerung des Gehorsams rechnen. Unter diesen Umständen — alle anderen Bedenken beiseite gelegt — wäre es von uns eine Verrücktheit gewesen, wenn wir, wie einige es verlangten, eine Revolution mit Revolvern gegen die Mauser- und die Miniégewehre der Gendarmerie, der Bürgergarde oder der Armee hätten wagen wollen.

So hat während der ganzen letzten Bewegung der Generalrat der Partei nie aufgehört, trotz der unaufhörlichen Provokationen unserer Gegner, welche ein Blutbad herbeiwünschten, und trotz des gerechten Zornes der Arbeiter, welche durch die schonungslosen Bedrückungen schier zur Verzweiflung getrieben wurden, die Ruhe zu predigen und den Arbeitern nicht den Aufstand anzuraten, der unsere Reihen zerschmettern würde, sondern den Streik, durch welchen die Kapitalisten in ihren eigensten Interessen getroffen werden. So kam der Riesenstreik im ganzen Lande, das so lange durch unaufhörliche Agitation bearbeitet worden, zum Ausbruch, der für eine volle Woche nahezu 350 000 Mann in [illegible] Ruhe auf den Beinen hielt. Nur von den Arbeitern der großen Industrien, den Dockarbeitern von Antwerpen, die durch einen unglücklichen Streik desorganisiert sind, sowie den ländlichen Arbeitern, blieb ein Teil der Bewegung fern. In den Bergwerken, Steinbrüchen, der Textil-, Glas-, Metall-Industrie etc. war die Arbeitsniederlegung eine vollständige.

Dieser stumme Protest, der selbst unseren Gegnern Bewunderung einflößte, genügte trotzdem nicht, den Willen der klerikalen Mehrheit zu ändern. Sie war sich nach den Äußerungen ihres Führers Woeste voll bewußt, daß für das allgemeine Wahlrecht stimmen für sie der Selbstmord bedeutet; sie hielt ihren Widerstand aufrecht bis zum Schluß, indem sie den Aufstand niederschlug und den Streik mißachtete, trotz der großen Schädigungen, die Handel und Industrie durch ihn erlitten.

Am 18. April 1902, dem 8. Jahrestag der ersten Verfassungsrevision — [illegible] — wurde der Antrag auf Verfassungsänderung mit 84 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Der König erklärte sich trotz mehrfacher Intervention der Liberalen mit seiner Regierung solidarisch und weigerte sich selbst, die Kammer aufzulösen und an das Land zu appellieren.

Unter diesen Umständen hatte der Generalrat der Arbeiterpartei zwischen zwei Alternativen zu wählen: entweder der Streik mußte fortgesetzt werden bis zur vollständigen Erschöpfung der Hilfsmittel, die der Arbeiterschaft zu Gebote stehen, oder aber im Gegenteil, man mußte die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit beschließen bis zu einem Zeitpunkt, wo neue Einflüsse nutzbar gemacht werden können, um die Revision zu erzwingen.

Natürlich wurde der letztere Beschluß gefaßt, trotz der lebhaften Proteste eines Teils unserer Genossen. Der Streik endigte in der gleichen Geschlossenheit und Einheitlichkeit, die seinen Beginn charakterisiert hatten.

Also, wir sind geschlagen, noch einmal geschlagen, aber nicht entmutigt, denn von nun an kann man sagen, daß in Wirklichkeit die Revision gesichert ist: die Regierung hat nicht nachgegeben, aber in ihren letzten Reden haben sowohl der Ministerpräsident, Herr Smet de Naeyer, und der Führer der Rechten, Herr Woeste, es deutlich genug hören lassen, daß die Revision nahe bevorsteht, und daß, indem sie die Anträge auf Revision bekämpften, sie in erster Linie die Aufrechterhaltung des Prinzips der Autorität im Auge hatten.

Außerdem ist jetzt die ganze Linke geeint. Die bedeutendsten Vertreter der Großindustrie sind geneigt, einen neuen politischen Generalstreik zu ertragen und sie erklären sich mehr denn jemals als Anhänger der Revision. In der Trauer, von der das arbeitende Belgien betroffen ist, das jetzt seine Toten beweint und die zahlreichen Verwundeten pflegt, ist es ein Trost, die Gewißheit zu haben, daß diese schweren Opfer nicht umsonst gebracht sein werden und daß die Tage des Plural-Wahlsystems nunmehr gezählt sind.

Ich möchte diesen Artikel nicht schließen, ohne nochmals im Namen der belgischen Arbeiterpartei den deutschen Genossen für die Beweise der Solidarität, die sie uns in diesen schweren Tagen gegeben, sowohl durch ihre kräftige Beihilfe als durch ihre moralische Unterstützung, unsere Anerkennung und unseren Dank auszusprechen.

(Emil Vandervelde im Vorwärts.)

Politische Uebersicht.

Die ehrlichen Kapitalisten.

Der Landrat des Kreises Ruhrort sieht sich als Vorsitzender der Einkommensteuer-Veranlagungskommission [illegible] in der Bekanntmachung veranlaßt, daß „ungewöhnlich viele" Steuerzahler in seinem Kreise bei der Selbsteinschätzung gemogelt haben. „Bei eingehender Prüfung der diesjährigen Steuererklärungen hat sich," so sagt Landrat Roetter, „herausgestellt, daß in ungewöhnlich vielen Fällen die Steuerzahler wissentlich unvollständige und unrichtige Angaben über ihr Einkommen gemacht haben, und daß diese unwahren Angaben häufig sich schon auf eine ganze Reihe von Vorjahren erstrecken. Es handelt sich dabei um Steuerzahler aus fast allen Gesellschaftsklassen, vornehmlich um Zensiten mit ziffernmäßig nachweisbarer Höhe des Gehalts, der Tantieme und des sonstigen Einkommens."

Es ist nicht das erste Mal, daß die Tantiemejäger des Westens beim Steuermogeln ertappt werden; der große Bochumer Steuerskandal steht noch in frischer Erinnerung. Aber die Junker im Osten treiben es bekanntlich auch nicht besser: hat doch der Oberhäuptling des Bundes der Landwirte durch „geschickte Rechnungsaufstellung" die Sache so zu drehen gewußt, daß er gar keine Einkommensteuer zu bezahlen hat, obschon er drei Güter besitzt und vom Bunde jährlich 12 000 M. erhält.

Also die Bourgeoisie und die Agrarier wissen sich zu drücken: mit verdoppelter Gewalt fällt dann die Steuerlast auf die Proletarier, die man jetzt mit dem Wuchertarif bis zum Weißbluten schröpfen will. Die Enthüllung des Landrats Roetter ist gerade zur rechten Zeit gekommen.

Der Rechtsbruch beseitigt.

-th- **Wien, 29. April.**

Der Kampf um die Gehilfenobmannschaft der Wiener Handlungsgehilfen, dieser vierjährige Kampf einer sozialdemokratischen Mehrheit, die nach Recht und Gesetz die Leitung hätte übernehmen sollen, gegen den Obmann aus eigenem Belieben, den Reichsratsabgeordneten, Gemeinderat und [illegible] Luegers, Herrn Axmann, ist nun durch die gestrige Entscheidung der Statthalterei beendigt und hoffentlich endgültig zum Abschluß gebracht. Man hat die vielen Windungen des Jahre dauernden, widerwärtigen Streits, in dem so recht die traurige Gesetzlosigkeit und wilde Willkür, die in Österreich walten, zum Vorschein kommen. Der letzte Streich des [illegible] Magistrats übertraf aber an Gemeinheit alles Bisherige. Als die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen durch [illegible] die Durchführung einer neuen Wahl durchgesetzt hatten und die Wahl am 6. April mit einem glänzenden Siege unserer Genossen, die 1500 Stimmen mehr auf sich vereinigte als die gegnerische, endete, da antwortete der Magistrat damit, daß er den unterlegenen christlich-sozialen Kandidaten für gewählt erklärte und bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit den unvermeidlichen Herrn Axmann mit der einstweiligen Führung der Obmannsgeschäfte betraute. Und wie brachte der Magistrat, diese famose Gewerbebehörde erster Instanz, [illegible] zu Stande? Er bezeichnete „mit einstimmigem Gremialbeschluß" 4781 für den Genossen Beck abgegebene Stimmzettel als „ungültig", weil sie nicht weiß seien, sondern im Widerspruch zu dem Wahlausschreiben „einen Stich ins gelbliche" hatten.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit, die in dieser „amtlichen Entscheidung" liegt, zu erkennen, muß man wissen, daß das Papier der fraglichen Stimmzettel durchaus nicht gelb war, sondern eine Nuance von Weiß zeigte, die im Handel unter „weißes Konzeptpapier" läuft, und ferner, daß keine gesetzliche Bestimmung weiße Stimmzettel vorschreibt; in früheren Jahren sind für Herrn Axmann blaue und [illegible] Stimmzettel abgegeben worden, ohne daß jemand etwas dagegen eingewendet hätte. Die Gehilfenwahlen sind nämlich durchaus nicht geheim, sie könnten ebenso gut mündlich in der Versammlung durchgeführt werden: der Stimmzettel ist nur ein bequemeres Mittel. Man kann sich vorstellen, welche Empörung der schamlose Willkürakt hervorrief. Im Abgeordnetenhaus und in der Presse brandmarkte man ihn [illegible]. So viel man Lueger und seinen Leuten zuzutrauen suchte, derartiges hätte doch niemand für möglich gehalten. Und im Ernst [illegible] Magistratsräte hatten sich dazu hergegeben! So allgemein äußerte sich die Entrüstung, daß selbst einer der Minister, obwohl sonst die Regierung mit Lueger umgeht wie mit einem rohen Ei, im Parlament auf die „Uebergriffe autonomer Behörden" in deutlicher Anspielung hinzuweisen wagte und der Vertreter der Statthalterei bei der Beeidigung der neugewählten Bürgermeister sich herausnahm, diese zu mahnen, sie sollten den Magistrat zur Beobachtung der Gesetze anhalten.

In der Statthalterei selbst, an die sich nun Genosse Beck mit einer Beschwerde wandte, war man gleichfalls über das Vorgehen des Magistrats aufgebracht. Aber man zögerte doch noch eine Weile, bevor man zur That schritt; mag auch die Statthalterei dem Magistrat vorgesetzt sein, Herr Lueger, das Haupt des österreichischen Klerikalismus, ist einmal mächtiger als der Statthalter. Endlich gestern kam die Entscheidung der Statthalterei heraus, sie läßt allerdings an Schärfe nichts vermissen. Die Wahl des Genossen Beck wird nicht nur für gültig erklärt, sondern der Magistrat wird auch angewiesen, „jede Behinderung des Gewählten an dem unverzüglichen Antritte seiner Funktionen zu beseitigen". Damit ist allen Quertreibereien ein Riegel vorgeschoben. Zugleich sagt die Entscheidung aus, daß nach dem Urteile gerichtlich bestellter Sachverständiger das Papier der Wahlzettel „weißes Konzeptpapier" sei, daß es aber überhaupt auf die Farbe des Papiers gar nicht ankomme.

Die Statthalterei hat gehandelt, wie sie nach dem Gesetz nicht anders konnte, indes in dem verluderten Oesterreich ist es schon ein Wunder, wenn eine Behörde einmal das Gesetz beachtet. Den [illegible] hat aber ihr frecher Streich nur dazu gedient, die Schmach ihrer Niederlage zu vergrößern.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. April. Der Reichstag verwies am Dienstag die Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen für 1900 nochmals an die Rechnungskommission zurück, weil er nähere Auskunft haben wollte, wie es gekommen ist, daß Rechnungen aus dem Arnimprozeß lange verlegt und erst jetzt wieder aufgetaucht sind. Der Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann, der auf diese Frage eigentlich gerüstet sein sollte, hatte die Akten nicht zur Stelle.

Nachdem durch einen Nachtragsetat eine Beihilfe von 1 300 000 M. für die invaliden Kriegsteilnehmer dauernd sichergestellt war, fand die Generalabstimmung über die Seemannsordnung statt, in der unsere Fraktion mit „Nein" stimmte. Den übrigen Parteien gefiel sie.

Das Gesetz über den Gerichtsstand der Presse wurde zum Schluß in zweiter Lesung erledigt. Zu der Debatte kamen fast nur Juristen zum Wort. Dafür hatte Herr Nieberding von vornherein durch eine 1½stündige langweilige Rede gesorgt. Von unserer Seite sprach Genosse Heine. Unsere Verbesserungsvorschläge wurden abgelehnt und nur der kleine Fortschritt erzielt, daß der fliegende Gerichtsstand nicht bloß für Zeitungen, sondern für jede Druckschrift, mit Ausnahme der Privatbeleidigungsklagen, beseitigt wird. Am Mittwoch kommen neben kleineren Vorlagen Wahlprüfungen und die zweite Lesung des Servisklassengesetzes an die Reihe.

— Der Seniorenkonvent des Reichstags trat Mittwoch zusammen, um die Geschäftslage des Hauses zu beraten. Es wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, eine Vertagung des Reichstages vor Pfingsten eintreten zu lassen und als äußerster Termin der 16. Mai genannt. Es wurden jedoch gegen eine definitive Entscheidung Bedenken erhoben, weil sich die Geschäftslage noch nicht vollständig übersehen lasse. Der Präsident wies darauf hin, daß der Eingang der Novelle zum Zuckersteuergesetz und die Fertigstellung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz abgewartet werden müssen. Es soll demnach eine neue Sitzung des Seniorenkonvents in nächster Zeit einberufen werden.

— Ein dem Reichstage zugegangener Gesetzentwurf über die militärische Dienstpflicht in den Schutzgebieten bestimmt, daß auch außerhalb Deutsch-Südwestafrikas lebende ausländische Reichsangehörige ihrer Dienstpflicht in diesem Schutzgebiet genügen können. Die Bestimmung ist von Wert für die im Kapland lebenden Reichsangehörigen.

Sein Hauptgeschäft bestand in Haarschneiden, das er zwischen zwei großen Spiegeln vornahm. Zwischen diesen Spiegeln hing ein Portrait von Mr. Gladstone und darunter hatte er ein paar selbstgedichtete Verse geschrieben, die ihm so gelungen schienen, daß Onkel Cohn meinte, wenn er nur Zeit gehabt hätte, wäre er ein großer Dichter geworden.

Die Schönheitsmittel stellte er selbst her. Sein Meisterwerk, das Mary Elwin Schönheitswasser, versprach, Flecke von der Haut zu entfernen, die Haut weich zu machen und den Teint zu verschönern. Den Verkauf dieses großartigen Mittels begleitete er mit schlechten Witzen, und dringend warnte er Polly davor, es jemals zu versuchen.

Auch ein Haarwasser fabrizierte er, das die wunderbare Wirkung haben sollte, die Haare rasch wachsen zu machen. Es wurde von Frauen angewandt, die ihr eigenes Haar sich abgeschnitten und verkauft hatten. Auch Perrücken verfertigte er, die willige Abnehmer fanden.

Ueber den Haarwuchs hatte sich Onkel Cohn eigene Theorien gebildet. Er prüfte den Kopf — oder den „Skalp", wie er sagte — und entwickelte den Befund in eigenen Grundsätzen, die ganz richtig gewesen sein mögen, da ja bisher über die Haare noch keine Theorie bekannt geworden, die allgemein als richtig anerkannt worden ist. Pollys Haar war seine größte Freude. Da war zu sehen, wie er meinte, was alles aus Haar werden könnte, und jeder Fachmann müsse darüber in Entzücken geraten.

Onkel Cohn hatte die Fesseln seiner Religion abgeschüttelt; er besuchte die Synagoge nicht und feierte auch das Sabbath nicht mehr. Er war ein Skeptiker, da er aber für Gründe einer besseren Ueberzeugung noch zugänglich war, hatte er Zutritt in ein Methodistenhaus erlangt. Mrs. Elwin war davon überzeugt, daß er sich doch noch eines Tages bekehren würde, denn er war keineswegs hartnäckig, sondern nur gleichgültig. Jeden Sonntag arbeitete Mrs. Elwin an seiner Bekehrung, und in der Woche betete sie für ihn. Und der Umstand, daß Onkel Cohn auf der Bank ein ganz hübsches kleines Vermögen liegen hatte, das doch eines Tages irgend jemand zufallen mußte, ließ seine Bekehrung ebenso sehr als Vergnügen wie als Pflicht erscheinen.

Als Polly wieder hinunter kam, fand sie ihre Mutter, die sich in ihren Gedanken noch immer mit Wünschen beschäftigte, in lebhafter Unterhaltung mit Onkel Cohn.

„Sprechen Sie mir nicht davon," sagte Mrs. Elwin, „daß es kein Wesen gebe, welches ebenso unsere Gedanken lenkt, wie es den unvernünftigen Tieren ihr Thun und Lassen vorgeschrieben hat. Sehen Sie sich einmal die Katzen an. Von einer Maus werden sie alles fressen, Kopf, Leib und alles andere, von einer Ratte fressen sie aber nur das Vorderviertel."

„Warum?" unterbrach Onkel Cohn.

„Warum? Weil die Katze weiß, daß das Hinterviertel der Ratte giftig ist," antwortete Mrs. Elwin. „Wußten Sie das denn nicht?"

„Ich bin mir darüber nicht ganz klar," entgegnete Onkel Cohn. Plötzlich hielt er aber in seiner Rede inne und fragte: „Aber sind sie auch wirklich giftig? ... Wer hätte das gedacht!"

Mrs. Elwin glättete ihr seidenes Kleid und schlug mit Selbstgefallen ein Blatt in dem Predigtbuch um. Es war nicht leicht, einen Zweifler zu bekehren; um so größer aber dann der Ruhm, wenn das Werk gelungen war.

„Wohin gehst Du?" fragte sie Polly.

„Ich habe mich mit Joe verabredet."

„Hat Joe Green jetzt Arbeit gefunden?" fragte Onkel Cohn.

„Arbeit!" rief Mrs. Elwin. „Ich wünschte, er hätte welche. Ich weiß nicht, was heutzutage in die jungen Leute gefahren ist. Als der selige, viel beweinte Mr. Elwin mit mir ging, da hatten die jungen Leute massenhaft Arbeit. Ich glaube, jetzt wollen sie nicht arbeiten. Mir soll man davon nicht sprechen, daß keine Arbeit zu finden ist, wenn man wirklich welche sucht!"

„Polly, wann wirst Du wieder zurück sein?"

„Vor dem Gottesdienst, Mutter. Darf ich Joe zum Abendbrot mitbringen?"

„Nein, ich will ihn nicht haben. Wenn Du mir folgen würdest, müßtest Du überhaupt zu Hause bleiben. Ich möchte gern wissen, ob er es wagen wird, um Dich anzuhalten."

Polly antwortete nicht. Sie schlich sich ruhig aus dem Zimmer, und ein paar Minuten später hörte man die Hausthür hinter ihr zufallen. Onkel Cohn trat ans Fenster und sah ihr nach, wie sie die Straße hinunterging. Mrs. Elwin legte das Predigtbuch aufgeschlagen auf den Schoß und breitete ihr Taschentuch über das Gesicht.

Dieses Zeichen verstand Onkel Cohn sehr gut, er nahm seinen Hut und ging nach seinem Laden.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020430/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft